



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern und für Heimat, 10557 Berlin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Markus Matzerath
Platz der Republik 1
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 4. Juni 2025

BETREFF **Ihre Frage 6/63 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am
04.06.2025**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die von Ihnen gestellte Frage übersende ich die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung

Christoph de Vries

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Fragestunde im Deutschen Bundestag am 4. Juni 2025

Frage 63 des Abgeordneten Markus Matzerath

Frage:

Aus welchem Grund hält Bundeskanzler Friedrich Merz die Formulierung, dass „Europa geschaffen wurde, um den Menschen zu dienen“ für „so treffend“ (Aachener Karlspreis 2025: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von Leyen wird ausgezeichnet, phoenix, 29.5.25 <https://www.youtube.com/watch?v=2mjSdyEAdxQ> bei 0:42:19), wenn die Bundesregierung gleichzeitig die Annahme, für „das Volk“ zu sprechen, offenbar kritisch ablehnend betrachtet, wie ich den Aussagen der Bundesregierung zum Begriff „Populismus“ entnehme, wo sie äußert „Populisten [würden behaupten], für das ganze Volk“ zu sprechen (vgl. www.bpb.de/kurzknapp/lexika/politiklexikon/18050/populismus/), und wie gelangt die Bundesregierung zu ihrer Auffassung?

Antwort:

Die Bundesregierung konnotiert den Begriff „Volk“ nicht negativ. In der zur Rede stehenden Definition des Begriffs Populismus durch die Bundeszentrale für politischen Bildung (BpB) kann die Bundesregierung keine Ablehnung des Begriffs „Volk“ erkennen, vielmehr geht es um den Missbrauch des Begriffs. Die Definitionen der BpB, die zum Zweck der politischen Bildung auf der Website der Behörde bereitgestellt werden, beruhen auf wissenschaftlichen Ausführungen und stellen keine Meinungsäußerung der Bundesregierung da.